



ÖVP-Altpolitiker werden Kirchenreformer „Laieninitiative“ mit Khol, Kohlmaier und Busek – Was wollen die motivierten Laien?

Die katholische Laieninitiative des ehemaligen Volksanwalts, ÖVP-Generalsekretärs und Obmannes des ÖAAB Herbert Kohlmaier, der gegen den Pflichtzölibat für Priester kämpft, erhöht nun den Druck auf die österreichischen Bischöfe. Die Organisation hat ein Memorandum vorgelegt, in dem die römisch-katholische Amtskirche aufgefordert wird, aktiv gegen den steigenden Priestermangel vorzugehen. Kohlmaier bezeichnet diesen als einen der größten „Missstände“ der katholischen Kirche. Um Nachdruck zu verleihen, hat Kohlmaier prominente konservative Unterstützer an Bord geholt: Der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol und Exparteichef Erhard Busek (beide ÖVP) treten für die Initiative ein. Die Reformvorschläge im Detail: die Aufhebung des Zölibats, Weihe von Frauen zu Diakoninnen und von verheirateten Männern zu Priestern. Weiters sollen Kleriker, die wegen ihrer Heirat in den Laienstand versetzt worden sind, wieder ihr Amt ausüben dürfen.

Die Umsetzung der Forderungen hält Khol für kirchenrechtlich unbedenklich. Sie würden „in keiner Weise die Substanz des Glaubens be-



WALTER RAMING

rühren“, dem er sich sehr verbunden fühle. Die Frage nach der Priesterweihe für Frauen habe man ausgeklammert, um den Prozess nicht zu erschweren, sagt Kohlmaier (der mit einem rein männlich besetzten Podium angetreten ist). In den kommenden Monaten werden Unterstützungs-erklärungen für das Memorandum gesammelt, das im

Herbst den Bischöfen vorgelegt werden soll. 700 Unterstützer habe man bereits gefunden, als Zielvorgabe nennt Kohlmaier „einige tausend“ Unterschriften.

Das konnte man am 21. Jänner 2009 in „Die Presse“ lesen.

Die drei ÖVP-Senioren – aufgewachsen noch in einer Zeit, in der christliches Engagement in Gesellschaft und Politik für einen Großteil der ÖVPler selbstverständlich war – gliedern sich in die Reihen der Kritiker der gegenwärtigen Kirchenpolitik ein. Kardinal Schönborn hat bekanntlich in einem Hirtenwort die Laien zur Tat aufgerufen.

Kirchenbeitrag infrage stellen

Falls die Bischöfe die Forderungen ignorieren, werde die Initiative „eine Situation herbeiführen“, die von der Kirchenführung „nicht mehr übersehen werden kann“. Wie diese aussehe, wolle er nicht verraten, sagt Kohlmaier. Er werde „keine Drohungen“ aussprechen – und ließ sich dann doch, zumindest indirekt, zu einer hinreißen: Bei

der wegen des Priestermangels reduzierten Seelsorge könne man überlegen, ob es moralisch und rechtlich zulässig sei, den Kirchenbeitrag unverändert einzuheben, meinten die drei Senioren und rufen – wie einst das entschlafene Kirchenvolksbegehren – zu erneuter Aktivität auf.

An Zielsetzungen nennt die Laieninitiative:

(Fortsetzung auf Seite 2)

Aus dem Inhalt:

Altpolitiker werden Kirchenreformer	Seite 2/3
Der Bundespräses	Seite 3
Charlys Tagebuchnotizen	Seite 4
Verdunkeltes Bild der Kirche	Seite 5
Herr, wohin gehst Du?	Seite 6
RB-intern	Seite 7

Kirchen- reformer

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Eine untragbare Situation entsteht

Die gegenwärtige schwierige Lage der römisch-katholischen Kirche zu überwinden, sollte allen Gläubigen ein Anliegen sein. Unser besonderes ist: Der Priestermangel ist evident und ein Notstand der Seelsorge droht.

Immer weniger junge Männer entscheiden sich für den geistlichen Dienst. Dabei fehlt es auch heute keineswegs an Männern und Frauen, die diesen Ruf empfinden, allerdings werden sie durch die geltenden Bedingungen für das Priestertum zurückgewiesen. Das gilt besonders für den Pflichtzölibat, auf dem Rom beharrt, obwohl er theologisch nicht begründbar ist. Den Geistlichen der katholischen Ostkirchen – die ebenfalls dem Papst unterstehen – ist aber die Ehe freigestellt!

Die seelsorgliche „Nahversorgung“ ist auf Sicht immer mehr gefährdet. Der Versuch, die Schwierigkeiten administrativ – etwa durch zusammengelegte „Seelsorgeräume“ – zu bewältigen, ist keinesfalls eine Dauerlösung. Es entsteht dadurch eine zunehmende und letztlich unverantwortliche Überforderung der Pfarrer. Immer weniger wird es diesen möglich sein, sich den Gemeinden und vor allem den Menschen wirklich zu widmen. Es genügt nicht, Priester aus

dem Ausland zu holen – sie würden auch dort gebraucht und bilden kein dauernd erschöpfliches Reservoir. Oft fügen sie sich nur schwer in unser Gemeindeleben. Zum großen Ärgernis vieler werden verheiratete Priester aus den unierten Kirchen oder konvertierte Geistliche anderer christlicher Religionen eingesetzt, während zahlreiche Priester ihr Amt aufgeben mussten, weil sie sich zur Ehe entschlossen haben. Sie fehlen unserer Kirche bitter.

Als Laien können wir diese Situation nicht mehr länger akzeptieren. Sie ist noch dazu von fortschreitenden Kirchenaustritten, schwindendem Wissen über den



Khol

Glauben sowie zunehmender Distanz zum noch immer fruchtbaren Kirchenleben geprägt. Die Kirchenführung, deren oberstes Gebot das Heil der Menschen ist, muss unsere Sorgen ernst und ihre Verantwortung wahrnehmen. Haben doch die Gläubigen das „Recht, aus den geistlichen Gütern der Kirche, insbesondere dem Wort Gottes und den Sakramenten, Hilfe von den geistlichen Hirten zu empfangen“ (Codex des kanonischen Rechts, Can. 213).

2. Es gibt Auswege

Auch in Zukunft sollen nicht nur mobile „Kirchenpendler“ am vollen Glaubensleben und vor allem an der Feier der sonntäglichen Eucharistie teilhaben können. Zur Bekämpfung des drohenden Notstands bieten sich sehr wohl Auswege an, die auch von Verantwortlichen der Hierarchie und von prominenten Theologen befürwortet werden. Zunächst müssen Modelle allseits praktiziert werden, die Gemeindeleitung in administrativ-organisatorischer Hinsicht engagierten Laien zu übertragen und so die Priester zu entlasten. Dies bewährt sich bereits vielfach.



Kohlmaier

Es muss aber auch das heutige und rein auf das traditionelle geistliche „Amt“ konzentrierte pastorale System grundsätzlich in Frage gestellt werden. Die strikte Trennung des Kirchenvolkes in befugte Angehörige des geweihten Priesterstandes und in untergeordnete Laien beiderlei Geschlechts ist weder biblisch zu begründen, noch entspricht sie unserer heutigen fortgeschrittenen Gesellschaft. Wir wollen, dass sorgfältig ausgewählten Personen, die sich in Kirche und Gemein-

schaft bewährt haben, durch bischöfliche Beauftragung (Weihe, Ordination) die Aufgabe zugeteilt werden kann, sakramentale Handlungen zu vollziehen und insbesondere der Eucharistiefeyer vorzustehen sowie die Krankensalbung vorzunehmen. Mit Recht wird hier das Modell der sog. „Viri probati“ von berufener Seite vorgeschlagen. Ebenso wird gefordert, dass auch weibliche Personen zu Diakonen geweiht werden. Dies war in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten gängige Praxis und entspräche dem Umstand, dass heute gerade Frauen absolut unentbehrliche Dienste in der Kirche leisten.



Busek

3. Wir müssen aktiv werden!

Geänderte Wege sind – in Verantwortung für die Gläubigen – längst überfällig. Sie werden etwa im Dokument der niederländischen Dominikaner „Kirche und Amt“ trefflich beschrieben und theologisch begründet. Immerhin bestünde auch die Möglichkeit, auf regionaler Ebene Neues zu erproben. Uns ist bewusst, dass Veränderungen nur schrittweise und weltweit vollzogen werden können, aber es ent-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Kirchen- reformer

(Fortsetzung von Seite 2)

steht immer mehr der Eindruck einer absoluten Reformunwilligkeit! Damit wollen wir uns nicht abfinden und machen vom Recht der Glaubenden Gebrauch, ihre „Anliegen, insbesondere die geistlichen, und ihre Wünsche den Hirten der Kirche zu eröffnen“ (Can. 212, § 2). Mehr Mitsprache erscheint geboten! Bleibt dies fruchtlos, muss noch mehr, nämlich ein ebenso verantwortungsvolles wie energisches Drängen aus unserem gläubigen Gewissen erfolgen. Es wird schließlich eine Situation herbeizuführen sein, die von den Bischöfen und dann auch vom Vatikan nicht mehr ignoriert werden kann. Dazu werden in wohlbedachter Reihenfolge alle Möglichkeiten auszuschöpfen sein, die zur Verfügung stehen, um den berechtigten Anliegen des Kirchenvolkes Geltung zu verschaffen.

„Sie wird als kleine Gemeinschaft sehr viel stärker die Initiative ihrer einzelnen Glieder beanspruchen. Sie wird auch gewiss neue Formen des Amtes kennen und bewährte Christen, die im Beruf stehen, zu Priestern weihen: In vielen kleineren Gemeinden bzw. in zusammengehörigen sozialen Gruppen wird die normale Seelsorge auf diese Weise erfüllt werden.“ Joseph Ratzinger über die Kirche im Jahr 2000 („Glaube und Zukunft“, München 1970, S. 123). www.laieninitiative.at

Liebe Bundesschwestern und -brüder!

Also sprach die Frau Bundesminister für Inneres zu Beginn dieses Jahres:

Ich habe nach den Gesetzen vorzugehen, egal ob mich



Rehlein-Augen aus dem Fernseher anstarren oder nicht.

Was folgte in der Öffent-

BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

lichkeit? Ein lauter Protest über diesen Zynismus? Ein Verweis durch den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler oder den Vizekanzler, der die Politik seiner und Fekters Partei unter dem Schwerpunkt der Förderung der Familie stellen will? Nichts dergleichen. Im Gegenteil: Man äußert Verständnis dafür, dass sich die Republik gegen die

Manipulation der Zogaj-Kinder durch den flüchtigen Vater und anderer Kreise wendet; selbst der sonst so klarsichtige Chefredakteur der Wiener Zeitung nimmt den Vorfall zum Anlass, Attacke gegen den grünen ORF und die Boulevard-Presse zu reiten. Dass hier eines der fundamentalen Kinder- und Menschenrechte, nämlich das der Kinder auf ihre Eltern, auf dem Spiel steht, scheint die durch Haider, Strache & Co korrumpierte Öffentlichkeit nicht zu interessieren. Ob Kinder bei ihren Eltern aufwachsen dürfen, hat die staatliche Gesetzgebung von ihrer Aufgabenstellung her zu gewährleisten; das ist kein Gnadenakt einer Ministerin oder eines Landeshauptman-

nes oder das Ergebnis von journalistischen Kampagnen, sondern ein fundamentales Recht, das mit der Existenz des Kindes von Natur aus gegeben ist, in das die staatliche Gewalt nur in Extremfällen ordnend eingreifen darf, wenn nämlich das Kindeswohl empfindlich gestört ist. Unser Staat hat sich vor Jahren bei einer politisch brisanten Geiselnahme erpressen lassen, was dann sogar mit Handschlag des damaligen Innenministers mit dem Anführer der Terroristen besiegelt wurde, die heutige Innenministerin vermeidet



dafür mit unmündigen Kindern sogar den Augenkontakt, möchte Härte demonstrieren und doch die Verantwortung an Ungarn, Landeshauptleute und Paten abschieben. Es mag schon sein, dass hier viel Manipulation durch die Familie, Politik und Medien geschehen ist. Aber nie und nimmer darf man dies unschuldige Kinder büßen lassen, die nach langen und gefährlichen Irrwegen bei ihrer Mutter angelangt sind.

Die alten Römer kannten schon den Spruch (er geht auf den Dichter Terenz zurück) *Summum Ius – summa iniuria*; frei übersetzt: Das auf die Spitze getriebene Recht führt zum größten Unrecht. Die Moralthologie

kennt die Tugend der Epikie: Da das gesetzte Recht niemals die gesamte Wirklichkeit einfangen kann, kann in komplexen Einzelfällen zwischen dem Wortlaut und dem Sinn eines Gesetzes ein Widerspruch entstehen: In einem solchen Fall ist es ein Gebot der Klugheit (eine Tugend!), nach dem Sinn des Gesetzes gegen den Buchstaben zu entscheiden.

Papst Johannes Paul II. hat in seiner 2. Enzyklika *Dives in misericordia* darauf hingewiesen, dass der Mensch, um in Würde leben zu können, nicht nur das Recht, sondern auch die Barmherzigkeit braucht.

Wenn eine Gesellschaft nur auf dem Recht basiert und die Barmherzigkeit nicht praktiziert, dann ist sie nicht lebenswert. Vielleicht liest die Frau Minister diesen Text einmal nach, auch anderen Politikern, Journalisten

und Meinungsbildnern empfehle ich das sehr. Noch prägnanter ist das Herrenwort: Darum lernst, was es heißt: Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer (Mt 9,13).

Die Zogaj-Kinder und viele andere werden dafür dankbar sein.

Ein Musiker meinte jüngst im Radio Stephansdom: Das Herz ist oft das bessere Gehirn. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Frau in verantwortungsvoller Position herzlos gegen Kinder agiert und gleichzeitig Weihnachten feiert. Das geht nicht zusammen!

Mit allen guten Wünschen grüßt

**Euer besorgter
Bundespräsident
Dr. Gerhard Schultes**

Charlys Tagebuchnotizen

Studiengebühren – Gedenkstätte – Maastricht – Europaliste – Homosexuelle – Islam

Ein Hoch an Broukal, Strache und van der Bellen – ich zahle jetzt weder 15.000 Euro (die wollte ursprünglich die Donau-Universität Krems, bevor sie mich aus Altersgründen ablehnte), noch



MAG. FRANZ KARL

379,26 Euro, die ich nun seit drei Semestern an der Universität Wien gezahlt habe, sondern nur mehr 15,76 Euro für die ÖH. Allerdings frage ich mich, warum ich nur mehr für die unnötige und unfähige Hochschülerschaft zahlen darf, die mich nicht einmal per Internet wählen lassen will. Endlich ist die soziale Schranke abgeschafft, die Leute wie mich gehindert hätte, ein Seniorenstudium zu ergreifen. Dafür haben die Universitäten jetzt mehr Verwaltungsaufwand, um festzustellen, wer ein Bummelstudent ist. Wenigstens das hat man belassen, sodass nicht „studiert“ wird, um zu einer billigeren Wiener-Linien-Karte zu kommen. Aber inzwischen läuft ja schon die Kampagne, die Studiengebühren generell abzuschaufen. Damit weniger Begüterte das Studium für solche zahlen, die es sich leisten können.

In Kärnten soll ein Gedenkstätte für einen besoffenen Autofahrer, der mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs war und tödlich verun-

glückt ist, errichtet werden. So was hätt' es unter dem Haider nicht gegeben!

Die Koalition neu funktioniert ja ganz gut. Hoffentlich nicht nur in Krisenzeiten, wo nach Keynes das Geld mit vollen Händen ausgegeben werden kann, wo die 3%-Defizit-Maastricht-Grenze der EU nicht mehr gilt, wo mit Milliarden Euro jongliert wird, als sei es ein „Klacks“. Spannend wird es erst, wenn die „guten Zeiten“ wieder kommen und gespart werden muss. Soll also die Krise möglichst lange dauern?

Apropos Faymann! Geprägt von 25 Jahren Kommunalpolitik in der von der SPÖ wenig demokratisch regierten Stadt Wien beherrscht er – so fürchte ich – vor allem drei Dinge perfekt: aus dem Vollen zu schöpfen, mit der Boulevardpresse zu regieren und über die Opposition drüberzufahren. Und wer das kann, kann das auch mit einem Regierungspartner!

Wieder hat „Onkel Hans“ einen Erfolg errungen – Johannes Voggenhuber wurde auf der Europaliste der Grünen durch Ulrike Lunacek ersetzt. Das heißt zwar noch nicht, dass die Grünen auf KRONE-Linie sind, aber ein deutliches Zeichen ist es. Und jetzt darf er nicht einmal am letzten Platz kandidieren, weil „die Basis“ das nicht will. Die Basis, liebe Grüne, sind aber noch immer die Wähler!

Apropos Lunacek! Homosexuell müsste man sein – dann

hat man in der Politik gute Chancen: Wowereit, Berlins Bürgermeister, und die neue isländische Ministerpräsidentin Sigurdardottir bekennen sich offen dazu. Nichts gegen Homosexuelle, solange es nicht die Homo-Ehe gibt. Keine Diskriminierungen und beim Notar sollen sie abschließen, aber nicht beim Standesamt!

Jetzt ist aber der Witz fällig: Wer will denn heute überhaupt noch heiraten? Homosexuelle und Priester.

Und damit bin ich schon beim nächsten Thema: Was ist das Fürchterlichste für einen katholischen Geistlichen? Dass er eine Freundin hat? Dass er heiraten will? Dass er homosexuell ist? Dass er für die Abschiebung von Arigona Zogaj ist? Nein, nein – dass er PAPSTTREU ist!! Damit ist er für alle Zeiten disqualifiziert!! Es sei denn er bereut und wird evangelisch!

Was ist bloß mit den Roten und Grünen los? Jetzt trauen Sie sich schon etwas gegen den Islam zu sagen – wenn Hass gepredigt wird und die Demokratie herabgewürdigt wird!! Allerdings muss man sogar da vorsichtig sein – das kann auch der erste Schritt zu einem freiwilligen Religionsunterricht (zu dem man sich anmelden muss – also umgekehrt wie jetzt, wo man sich abmelden kann) sein. Die „Aktion kritischer Schüler“ verlangt das ja schon lange. Schon jetzt wird in „linken Schulen“ der christliche Religionsunterricht in

Randstunden gedrängt, weil man den anderen nicht zumuten kann zu warten bzw. weil man ja keine Lehrer zur Beaufsichtigung in einer „Freistunde“ hat. Ich habe große Ehrfurcht vor Eltern (mit Kindern unter 14) und Jugendlichen über 14, die sich (bzw. ihr Kind) aus Überzeugung vom Religionsunterricht abmelden. Aber als alter Lehrer kann ich Ihnen versichern, 90 bis 95 % aller Abmeldungen fanden und finden statt, um eine oder zwei freie Stunden zusätzlich zu gewinnen,

Daher kann die Lösung nur der alternative Ethikunterricht sein, also wer sich vom Religionsunterricht abmeldet, der muss stattdessen in den Ethikunterricht gehen. Schulversuche in der Richtung haben eindeutig ergeben, dass in einem solchen Fall die Zahl der Abmeldungen phantastisch sinkt. ■

In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!
Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 63. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

Bitte beachten Sie den beiliegenden Zahlschein!

Der Reichsbund im Internet:
www.amateurfussball.at
Über E-Mail erreichbar:
info@amateurfussball.at

Stimmen zur Zeit

Die Entscheidung des Vatikans, knapp vor dem internationalen Gedenktag zum NS-Massenmord an den Juden Holocaustleugner und die fundamentalistischen Sektierer um Lefebvre in die römisch-katholische Kirche wieder aufzunehmen hat zu weltweiten Reaktionen geführt, die das Kirchenbild des Konzils und des Wiener Kardinals Franz König wohl endgültig verdunkelt hat. Wie darüber selbst in kirchennahen Gazetten wie in der dem katholischen Presseverein Styria nahestehenden „Die Presse“ darüber kommentiert wird, zeigt der nachfolgende Leitartikel:

W. R.

Das verdunkelte Bild der Kirche

Und wieder einmal hat man im Vatikan alles falsch gemacht: Themenmanagement wie im 18. Jahrhundert

Um zu wissen, dass der Vatikan so ziemlich das unbedarfteste Themenmanagement aller internationalen Institutionen betreibt, hätte es des neuesten Meisterstücks gar nicht mehr bedurft. Im jüngsten Fall fällt aber das Urteil schwer, ob es sich um absichtliche Bosheit oder bloß um übliche Unfähigkeit handelt: knapp vor dem internationalen Holocaust-Gedenktag und auf den Tag genau 50 Jahre nach der Ankündigung des II. Vatikanischen Konzils die Exkommunikation von vier Geistlichen aufzuheben, die sich 1988 unerlaubt zu Bischöfen haben weihen lassen. Einer von ihnen hat erst wenige Tage davor den Holocaust in Abrede gestellt. Und alle vier stehen in diametralem Widerspruch zu entscheidenden Festlegungen des Konzils, die auch das Verhältnis zum Judentum betreffen.

Auch wenn der Gnadenakt kirchenrechtlich keine Rehabilitation bedeutet und die Betroffenen weiterhin nicht als Bischöfe tätig werden dürfen (und sie sich weiter darum nicht scheren werden), ist das Bild verheerend. Jeder PR-Aspirant im ersten Lehrjahr hätte das voraussagen können. Doch wo das Bild der Kirche verdunkelt ist – das sollten eigentlich auch die meisten Prälaten wissen –, leidet ihre Botschaft.

Der größte Wirbel gilt dem Holocaust-Leugner Bischof Richard Williamson, dabei ist sein Fall in Wirklichkeit der weniger wichtige. Seine kruden Geschichtstheorien sind kein Gegenstand für die Kirchenstrafe der Exkommunikation und stehen somit auch

nicht der Begnadigung entgegen – aber es hilft Rom nichts, rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Auch wenn Williamson kein klassischer Antisemit zu sein scheint, sondern offenbar ein Freund jeglicher Verschwörungstheorien, der auch gern davon predigt, dass der Vatikan vom Satan kontrolliert werde und dass es „absolut sicher“ sei, dass das World Trade Center von „pro-



fessionellen Demolierern“ im Inneren des Gebäudes zu Fall gebracht worden sei. Eine sensible Politik fragt nicht nur danach, ob alles rechtens ist, sondern auch, wie man verstanden wird. Und nach den Folgen.

Und da sind wir beim zweiten Thema – da, wo nicht nur die Form, sondern die Sache bedenklich wird. Landläufig heißt es beim Stichwort „Lefebvre“ meist nur: lateinische Messe. Wesentlich heikler ist aber, dass die Gefolgsleute des 1991 verstorbenen Bischofs (dessen Vater übrigens im KZ gestorben ist, nachdem er Juden zur Flucht verholfen hat) die seit dem Konzil geltende

Lehre der katholischen Kirche zur Religionsfreiheit und zur Ökumene ablehnen. Eine Lehre, die für die Koexistenz von Kirche und Staat im Zeitalter der Demokratie von eminenter Bedeutung ist. Das Konzil hat das Recht jedes Menschen anerkannt, nach seinem eigenen Willen seine Religion zu wählen und auch öffentlich auszuüben. Die Anhänger Lefebvres gehen hingegen davon aus, dass

hier aber um einen so elementaren Fortschritt im Kirchen- und Staatsverständnis geht, sollte der Vatikan um Klarheit seines Standortes in dieser Frage besorgt sein. Bloß auf die Aussage der vier Rebellen zu verweisen, dass sie „die Lehren der Kirche mit kindlichem Geiste annehmen“, reicht da nicht. Was denn nun? Nehmen sie ihren Widerspruch zum Konzil zurück, oder findet man etwa in Rom diese Differenzen nicht mehr der Rede wert?

Gewiss: Der Akt Roms ist nicht das Ende der Affäre, sondern ein erster Schritt zu unbelasteten Heimkehrgesprächen. Genau deswegen wären, wie schon so oft, klärende Begleitworte am Platz gewesen. So wie man einen besseren Termin abwarten und proaktiv mit den jüdischen Bedenken hätte umgehen müssen, statt im römischen Dreischritt vorzugehen: karge Verlautbarung – Aufruhr und Missverständnisse – nachfolgend zusammengeschusterte Noterklärung (diesfalls für Samstag angekündigt, also immerhin nur sieben Tage nach erfolgtem Pallawatsch).

Man hätte es aber auch einfach lassen und die Strafe wegen Ungehorsams erst dann aufheben können, wenn der Ungehorsam selbst aufhört. Diese Vorgangsweise ist dem Vatikan ja sonst auch nicht gerade fremd. Dass man gerade der kleinen Sekte der Lefebvrianer außergewöhnliche Zugeständnisse macht, mag bei größtem Wohlwollen gerade noch rührend sein. Klug ist es nicht.

(Michael PRÜLLER,
„Die Presse“)

auch der Staat, zumindest dann, wenn die Mehrheit Katholiken sind, katholisch zu sein hat, in seinen Gesetzen die katholische Lehre widerspiegeln muss und andere Religionen nur so weit tolerieren darf, wie es die Klugheit fordert: „Die falschen Religionen haben kein wirkliches Recht auf ihre Ausübung, da sie eben falsche, irrtümliche Religionen sind.“ („Katechismus zur Kirchlichen Krise“, 1999)

Die Lefebvrianer haben schon recht, dass die Päpste über lange Zeit hinweg das auch so gesehen haben. Ihr Dissens, den sie als Treue zur Kirche begreifen, sei ihnen gegönnt. Gerade weil es

Herr, wohin gehst Du ?

Die biblische Frage der Apostel an den Herrn, wohin er gehe, ist brennaktuell geblieben. Ich meine, in einer Zeit, die – wie schon oft in der Geschichte – den Weg der Kirche manchmal unverständlich macht, ist kritische Demut gefordert. Nicht allein der Geist regiert die Köpfe der Fürsten. Viel, allzu viel Menschliches diktiert oft das Handeln selbst jener, die meinen zum Herrschen erkoren zu sein. Ob die Kirchenpolitik vom Heiligen Geist bewegt oder von mächtigen Prälaten nach ihren Zielvorstellungen beeinflusst wird, wird wohl nur an den Früchten zu erahnen sein. In Österreich sind die Früchte bemerkenswert bitter geworden. Das zeigt auch die Kirchenstatistik sehr deutlich.

Alles ist im Umbruch begriffen. Die drei wackeren Musketiere Khol, Kohlmaier und Busek bilden wohl eine Nachhut katholisch geprägter Gesellschaftspolitik, wie sie auch von den Reichsbündlern hundert Jahre hindurch vertreten wurde. Zugleich meinen sie im Geist des Konzils zu handeln, das den katholischen Laien Eigenverantwortung aufgetragen hat. Seit Kaiser Konstantin, der damals das Laienapostolat und die Staatskirche verwirklichte, geht das Ringen um die apostolische Beauftragung von Klerus und Laien. Im italienischen und spanischen Faschismus hat der Klerus die tragende Verantwortung für die Seelsorge übernommen – so ist es wieder, so bleibt es auch unter Papst Benedikt.

Das zeigt auch das Verdämmern der traditionellen Laienorganisationen. Der Reichsbund als Teilorganisation der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV) hat eine Tagung sämtlicher Mitgliedorganisationen über Standort und Zielsetzungen vorgeschlagen. Der burgenländische Bischof Iby griff diese Idee auf und wollte am 16. Jänner 2009 diese Tagung in Eisenstadt abhalten. Sie wurde wegen „Nichtinteresse der AKV-Verbände“ abgesagt.

Die klerikale Antikonzil-Pius-Brüderschaft ist wieder römisch-katholisch geworden, ohne einen Treueschwur zu den Beschlüssen des Konzils leisten zu müssen. Das wundert nicht!

Auch der neue Weihbischof Gerhard Wagner, ein „römisch-katholisches“ Urgestein, ist, neben dem einst exkommunizierten Lefebvre-Bischof, auf Kurs. Wie weiland ein unverbesserlicher Nazi, verzapfen Exzellenz antisemitische Tiraden. Da kommt Freude auf. **W. R.**

BEITRITTSERKLÄRUNG	
an REICHSBUND, 1080 Wien, Landongasse 16	
JA, ich möchte dem Reichsbund, Bewegung für christliche Gesellschaftspolitik und Sport, beitreten. Ich erteile Ihnen die Genehmigung, meine Daten in der Reichsbund-Mitgliederkartei für Vereinszwecke zu speichern.	
Vorname	PLZ/Ort
Familienname	Straße/Platz
Titel	Staatsbürgerschaft
Beruf	Ich interessiere mich besonders für
Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> Gesellschaftspolitik
Religion	<input type="checkbox"/> Sport/Sparte
Datum	Unterschrift

RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

Wir gratulieren!

65. Geburtstag

Präsident
Dr. Werner Fasslabend
Dir. HR Mag. Karl Heindl
Johanna Helfer
Vorsitzender der
RB Kontrolle
Hans Jogl
Erich Merliceck
Hans Vlk
KR Walter Zwiauer

70. Geburtstag

Hermann Lainer
Dech. Pfarrer
P. Rupert Zöchbauer OSB

75. Geburtstag

Leopoldine Abfalter
Risa Holzschuh
RB Bundespräses
Prälat Dr. Gerhard Schultes

80. Geburtstag

Landeshauptmann a. D.
Dr. Josef Ratzenböck

85. Geburtstag

Stefanie Koffinger
Emilie Osberger
Elisabeth Weissmann

Ehrenmitglied

RB Döbling
BV Adolf Tiller

50 Jahre Priester

29. 6. 2009
RB Bundespräses
Prälat Dr. Gerhard Schultes

30 Jahre Priester

12. 5. 2009
P. Oskar Berger SVD

Komturkreuz des päpstl. Silvesterordens

MR Dr. Walter Heginger

Wir dürfen in Erinnerung bringen: Unsere Mitglieder-Zeitung „Reichsbund aktuell mit Sport“ erscheint auch im Internet. Zur Zeit stehen die letzten 11 Ausgaben zur Verfügung. www.amateurfussball.at – es erscheint eine Reichsbundseite, in der Kopfleiste Rubrik **Bundesleitung** anklicken, es erscheint eine Begrüßungsseite, am rechten Bildschirmrand die jeweils gewünschte Ausgabe von „RB-aktuell“ auswählen.

Bundesleitung

**NÖ Landesausstellung 2009
„ÖSTERREICH.
TSCHECHIEN.
geteilt-getrennt-vereint.“**

18. April – 1. November 2009.
Im Mittelpunkt der grenzübergreifenden Ausstellung steht die gemeinsame Geschichte zweier Regionen.
LH Dr. Erwin Pröll als Initiator und Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner als Gestalter sind Träger des vom Reichsbund gestifteten „Dr.-A.-Mock-EUROPARING“.

Vorschau:

Sonntag, 28. 6. 2009, 10 Uhr
Pfarrkirche Hohenau
a. d. March,
Festgottesdienst anlässlich
des 50-jährigen Priesterjubiläums
von RB Bundespräses
Prälat Dr. Gerhard Schultes.

Landesverband Wien

19. 3. 2009, 15 Uhr
Besinnungsstundes des
RB Wien mit RB Landespräses
P. Engelbert Jestl CSSR im
Vereinshaus von RB Döbling,
Wien 19, Hohenauergasse 12.

St. Thekla

17. 3. 2009, 12 Uhr
Treffen im GH SULZER,
1040 Wien, Ecke Kolschitzky-
gasse/Graf-Starhemberg-Gasse.

Ottakring

26. 2. 2009, 14.30 Uhr
Gruppenzusammenkunft im
Pfarrsaal Alt-Ottakring.

Döbling

8. 5. 2009, 19 Uhr
Ein Abend mit den Malat-
Schrammeln.
5. 6. 2009, 19 Uhr
Der Heurige mit den
Hernalser-Buam.
Beide Veranstaltungen im
Vereinshaus Wien 19,
Hohenauergasse 12.

Gut Freund

30. 3. 2009, 18 Uhr
Gedanken zur Fastenzeit.
27. 4. 2009, 18 Uhr
Muttertag bei Gut Freund.

16. 5. 2009

Autobusfahrt nach Maria Taferl
– Anmeldungen bei Obmann
Sobotka, Tel. 0664 160 91 46,
oder jeden Dienstag ab 16 Uhr
im Vereinslokal.
25. 5. 2009, 18 Uhr
Musik für Augen und Ohren.
Jeden Dienstag von 16–20 Uhr
Klubabende mit Buffet.
Alle Veranstaltungen finden
im Vereinslokal Wien 20,
Ospelgasse 30 statt.

Hollabrunn

24. 7. 2009
Autobusfahrt nach Mörbisch
„My fair Lady“.
7. 8. 2009
Autobusfahrt nach
St. Margarethen
„Rigoletto“.
Anmeldungen raschest bei
Bbr. Franz Berger,
Tel. 02952/4303
oder e-mail:
berger.franz@aon.at

Tulln St. Severin

26. 3. 2009, 19.45 Uhr
Fastenbesinnung.
Im April spielen die
Dramateure wieder ein
Theaterstück.
Beide Veranstaltungen im
Pfarrzentrum St. Severin,
Tulln, Anton-Bruckner-Straße.
1. 5. 2009
Ausflug ins Waldviertel.

RB Europajugend Gleisdorf

Die Badminton-Ergebnisse
zum Stichtag 25. 1. 2009:
Die Gleisdorfer mussten sich
gegen BC Alkhoven mit 5:3
geschlagen geben.
Gegen UBC Vorchdorf gelang
ein 4:4.

BUNDESKANZLERAMT ■ SPORT



EUROPAWAHLEN
7. Juni 2009

Unsere Toten

Hedwig Kaider
Wien

Siegfried Krenn
Gleisdorf

Karl Rauchecker
Salzburg

Dietmar Wacht
Gleisdorf

Landtagspräsident i. R.
Franz Wegart
Graz



Hl. Klemens Maria Hofbauer
Patron des Reichsbundes
Stadtpatron von Wien

Vor 100 Jahren wurde
der Redemptorist
Klemens Maria Hofbauer
heilig gesprochen.

Reichsbund-aktuell mit Sport.
– Herausgeber, Medieninhaber
(Verleger) und Hersteller:
Reichsbund, Bewegung für
christliche Gesellschaftspolitik
und Sport, 1080 Wien, Laudon-
gasse 16, Tel. + Fax (01) 405 54
06. – Herstellungsort: Wien. Of-
fenlegung nach § 25 Medien-
gesetz: Grundsätzliche publi-
zistische Richtung des Reichs-
bundes: Information und Schu-
lung unserer Mitglieder im
Sinne der christlichen Welt-
anschauung und Förderung der
Jugend durch Sport. Redaktion:
Mag. Franz Karl, Walter
Raming (Politik und Wirt-
schaft), Franz Lugmayer
(Kultur), Rudolf Taborsky (RB-
intern, Sport, Layout, Fotos). Es
gilt die Anzeigenpreisliste 9
vom 1. Jänner 1993. Bankver-
bindung: Raiffeisenlandesbank
NÖ-Wien, Reichsbund, Kto.
86454, BLZ 32000.

WOHNEN IN DER ZUKUNFT

Das Wohnen ist ein Grundbedürfnis wie Essen und Trinken

So mancher wird sich fragen, warum ich mich mit dem Thema beschäftige. Einer meiner Vorgänger und väterlicher Freund, der Reichsbündler Hans Drapela, hat nach dem Krieg viel an Kraft geopfert, um den Wiederaufbau des zerbombten Wien und damit besonders den Angestellten eine leistbare Wohnung zu ermöglichen. Er konnte in der GPA trotz anfänglicher Schwierigkeiten die Gründung der eigenen Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV) erreichen. Seit 2007 bin ich Vorstandsvorsitzender der GPA Privatstiftung. Das Herzstück ist die WBV. Der Aufgabe, dieses heute noch wichtige soziale Element zu verwalten und weiter auszubauen, gelten meine Überlegungen. Durch meinen er-



WALTER ZWIAUER

lernten Beruf als Monteur für Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen, aber auch durch meinen derzeitigen Beruf als Versicherungsberater habe ich in den Beratungsgesprächen über die Absicherung von Hab und Gut einen direkten Zugang und bin dadurch im Wiener Raum sowohl mit der Infrastruktur als auch mit den Bedürfnissen meiner Mitmenschen vertraut geworden. Auch in den Beratungen als Betriebsrat war ich immer mit der Sorge ums Wohnen konfrontiert. Durch die derzeitige Finanz-Wirtschafts-Vertrauenskrise ist dieses Thema für mich noch um einiges bedeutender geworden.

Wie wird das Wohnen in Wien 2030 aussehen?

Es gibt eine Reihe von Studien und Ausschüssen, die sich mit der Zukunft befassen. Nach dem Wiederaufbau nach dem Krieg war der soziale Wohnbau von zentraler Bedeutung. Der „Gemeindebau“ war für viele Wiener meist die einzige Chance, zu einer neuen Wohnung zu kommen. Aber auch der Eigentumswohnungsmarkt hatte durch den Reichsbündler Franz Prinke regen Zuspruch.

Die Städte haben immer mehr Zulauf, Wien wird wieder an die 2 Millionen Einwohner haben. Das bedeutet natürlich für alle eine besondere Herausforderung. Die

Landflucht wird sich umkehren zur Stadtfucht. Die Städte bieten einfach alles, was für ein Leben im 21. Jahrhundert notwendig ist. Ärztliche Versorgung, kurze Wegstrecken, Theater, Museen, Kinos, Lokale in jeder Ausstattung, kurz gesagt moderne Kulturangebote. Auch die Parkanlagen oder der nahe Wienerwald bieten die so wichtige grüne Lunge. Der öffentliche Verkehr befördert die Menschen nahezu rund um die Uhr durch die Stadt. Ein neuer Trend, genannt „new urbanism“, lässt sich erkennen, wonach die Stadt als Wohn- und Arbeitsort zunehmend attraktiver wird. Andererseits macht die Konzentration der Reichen die (Innen)Stadt für viele unleistbar. So scheinen

sich die Vororte von heute zu den Slums der Zukunft zu entwickeln. Die Stadtplanung der Zukunft wird langwieriger, aber bürgernah. Städte werden durch ihren Zweitwohnsitz mobiler und werden dafür tiefer in die Tasche greifen müssen. Die Infrastruktur zu den umliegenden Städten ist derzeit veraltet bzw in der „Monarchie“ stehen geblieben. So wäre es hoch an der Zeit, endlich den Ausbau der modernen Bahn nach Prag, Budapest, Krakau in Angriff zu nehmen.

60 Prozent der Weltbevölkerung wohnt schon in Städten. Durch den Wegfall der Grenzkontrollen und der Einführung einer gemeinsamen Währung wird die Mobilität der Städte stark zunehmen. Die derzeitige Wirtschaftskrise ist eine große Chance, in diese Projekte voll zu investieren.

Veränderungen der vorherrschenden Wohnformen sind keine Erscheinung der Gegenwart, sondern ein ständiger Prozess in der Zeitgeschichte und auf den anhaltenden Wandel der bestehenden, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Die zunehmende Individualisierung hat in den letzten Jahrzehnten zu einer enormen Steigerung der Einpersonenhaushalte geführt. Der gehobene Wohlstand hat es den Menschen ermöglicht, ein selbst-

bestimmtes Leben zu führen, unabhängig von Familienvorständen und partnerschaftlichen Bindungen. Andere Gründe sind auch Trennung und Scheidung oder Verwitwung. In der Bundeshauptstadt Wien gibt es mit 44 Prozent den höchsten Anteil an Singlehaushalten im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern, wo der Anteil bei ca. 30 Prozent liegt. Gemäß aktueller Prognosen werden in Wien die Einpersonenhaushalte bis 2030 auf über 50 Prozent ansteigen. Als Gründe werden die weitere Individualisierung der Lebensformen sowie



der Zuwachs der älteren Bevölkerung gesehen. Vor diesem Hintergrund steht die Stadt vor zusätzlichen Herausforderungen, Konzepte für deren Lösung

entwickeln zu müssen. Zusätzlich finden Veränderungen in der Sozialstruktur statt. Die Bedeutung der Dienstleistungsgesellschaft steigt und ein zusätzlicher Wirtschaftszweig ist entstanden, der einhergeht mit einer privaten Fürsorge, beispielsweise der Kinder- und der Altenbetreuung. Bedingt durch die Entwicklung ist das Aufkommen von Singlehaushalten im urbanen Gebiet größer als in den Gebieten mit einer geringeren Vielfaltdichte. Eine große Bedeutung wird daher in Zukunft Gemeinschaftseinrichtungen zukommen. Die Wohnpolitik wird mit angepassten Wohnungen auf die variierenden Lebensumstände reagieren müssen. Der soziale Wohnbau ist für eine Stadt sehr wichtig,

die Mischung von den Menschen und Kulturen in einem Grätzl eine entscheidende Frage einer Weltstadt wie Wien. Die anderen österreichischen Städte wie Graz oder die derzeitige Kulturhauptstadt Linz zeigen das eindeutig. Ganz entscheidend ist da natürlich die Finanzierung, und da hat die Gemeinnützigkeit einen sehr hohen Stellenwert.

Die Obdachlosen und an den Rand der Gesellschaft geratene Menschen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Die Wohnbauvereinigung hat sich aktiv auch dieser Menschen angenommen und für den Verein neuererHAUS im 10. Bezirk ein Wohnhaus für Obdachlose gebaut. Im 15. Bezirk wurde der Kauerhof revitalisiert. Eine Wohnhausanlage, in der Menschen aus aller Herren Ländern in desolaten Kleinstwohnungen lebten, wurde komplett umgekrempelt, menschenwürdiger Wohnraum zu leistbaren Konditionen geschaffen. Damit hat die Wohnbauvereinigung einen wichtigen Beitrag zur Integration, aber auch zur Stadterneuerung geleistet. Und es ist noch einiges vorbildlich in Pipeline.

Zum Abschluss möchte ich noch auf den Tourismus und die diversen Kongresse hinweisen, auf die Stadt mit ihrer alten Tradition und den neuen Stadtteilen. Die Freundlichkeit und der Wiener Schmah ist weltweit ein Begriff. Mit dem Begriff Kaisermühlen können seit dem „Kaisermühlenblues“ viele etwas anfangen. Die Zukunft hat schon begonnen und ohne Visionen geht einfach nix weiter. Ich denke daher, dass es wichtig ist, sich mit Zukunftsperspektiven zu beschäftigen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis wie Essen und Trinken,

meint euer Walter. ■

Zul.-Nr. GZ 02Z033683 M